



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

STADTSCHRUMPUNG – AUCH EIN POLNISCHES THEMA

- | | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Schrumpfung als Herausforderung für polnische Großstädte | | 2 |
| Annegret Haase, Leipzig | | |
| ■ TABELLEN ZUM TEXT | | |
| Bevölkerungsentwicklung in polnischen Großstädten | | 8 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 21. Februar bis zum 5. März 2012 | | 11 |

Schrumpfung als Herausforderung für polnische Großstädte

Annegret Haase, Leipzig

Zusammenfassung

Stadtschrumpfung ist seit den 1990er Jahren in verstärktem Maße ein Thema für viele polnische Großstädte. Besonders altindustrielle Städte sind davon betroffen. Mittlerweile stellt der Bevölkerungsschwund – zumal aufgrund seiner alters- und berufsgruppenbezogenen Selektivität – ein ernstes Problem für zahlreiche Städte dar. Strategien für den Umgang mit der Schrumpfung zu finden, ist eine aktuelle Anforderung an Politik und Planung geworden. Damit reihen sich diese polnischen Großstädte in eine europäische Stadtlandschaft ein, in der Schrumpfung mittlerweile zu einem »normalen« Entwicklungspfad geworden ist – Mitte der zurückliegenden Dekade schrumpften 40 % aller Städte über 200.000 Einwohner. Vor diesem Hintergrund skizziert der vorliegende Beitrag die Situation der Stadtschrumpfung in Polen generell und bietet einen Überblick zu Zahlen, Trends und Ursachen. Der Fokus richtet sich auf die Großstädte. Anhand der Fallbeispiele Sosnowiec (Sosnowitz) und Bytom (Beuthen) in Oberschlesien werden die Folgen der Schrumpfung und der Umgang damit in den betroffenen Städten thematisiert.

Der Blick auf die postsozialistische Stadt in Polen wird noch immer stark vom Modell der nachholenden Modernisierung geprägt und damit implizit von der Annahme mehr oder minder kontinuierlichen Wachstums. Stadtentwicklungswege »jenseits des Wachstums«, welche durch Bevölkerungsverluste, Alterung und multidimensionale Schrumpfungsprozesse charakterisiert sind, werden kaum diskutiert.

In der Gegenwart vieler Großstädte Ostmitteleuropas und damit auch Polens bietet sich jedoch ein anderes Bild: Stadtschrumpfung wird hier seit den 1990er Jahren für viele Großstädte immer aktueller. Insbesondere altindustrielle Städte wie Łódź (Lodz) oder die oberschlesische Agglomeration sind davon betroffen, einige sogar bereits vor 1990. Im Zusammenhang mit den teilweise gravierenden Einwohnerverlusten entsteht allmählich auch eine Debatte um Stadtschrumpfung. Damit reihen sich die polnischen Städte in eine europäische Großstadtlandschaft ein, in der Schrumpfung mittlerweile zu einem »normalen« Entwicklungspfad geworden ist – internationalen Analysen zufolge schrumpften Mitte der zurückliegenden Dekade 40 % aller Städte über 200.000 Einwohner.

Während im westlichen Europa viele schrumpfende Städte über eine jahrzehntelange Erfahrung im Umgang mit diesem Phänomen verfügen, traf das Thema Schrumpfung die polnischen Städte nach dem Umbruch unvorbereitet. Zunächst wurden Einwohnerrückgänge eher als Erleichterung wahrgenommen, da die Wohnungsmärkte in Polen nach wie vor von einem akuten Nachfrageüberhang gekennzeichnet sind. Die mit wirtschaftlicher Schrumpfung einhergehenden Arbeitsplatzverluste, die rasche Zunahme von Industriebrachen sowie die immer mehr um sich greifende Suburbanisierung wurden als unvermeidliche Folgen der postsozialistischen Transformation interpretiert.

Mittlerweile stellt der Bevölkerungsschwund – zumal aufgrund seiner alters- und berufsgruppenbezogenen Selektivität – ein ernstes Problem für zahlreiche Städte dar. Strategien für den Umgang mit der Schrumpfung zu finden, ist eine aktuelle Anforderung an Politik und Planung geworden. In einigen Städten kommt es verstärkt zu selektivem baulichem Verfall und Leerstand, einer Zunahme brachliegender Flächen, für die keine Nachnutzung gefunden werden kann, einer Unternutzung der öffentlichen Infrastruktur, zu finanziellen Engpässen etc. Oft stehen wachsenden Problemen rückläufige Einnahmen durch Steuerbeiträge gegenüber.

Vor diesem Hintergrund skizziert der vorliegende Beitrag die Situation der Stadtschrumpfung in Polen generell und bietet einen Überblick zu Zahlen und Trends sowie zu den Ursachen. Der Fokus richtet sich auf die Großstädte. Anhand der Fallbeispiele Sosnowiec (Sosnowitz) und Bytom (Beuthen) in Oberschlesien werden die Folgen der Schrumpfung und der Umgang damit in den betroffenen Städten thematisiert.

Bevölkerungsentwicklung der großen Städte: Zahlen und Trends

Themen wie der demographische Wandel spielen vor dem Hintergrund zunehmender Alterung und sinkender Geburtenraten auch in Polen mittlerweile eine prominente Rolle in Wissenschaft und Öffentlichkeit. Jedoch blieb das Echo seitens der Stadtforschung und der städtischen Praxis darauf bislang eher gering. Zwar gibt es Arbeiten, in denen von »demographischer Depression«, »Entvölkerung« oder »Entleerung« (kaum jedoch über »Schrumpfung« wie in Deutschland) gesprochen wird, doch bleibt das quantitative Wachstumsparadigma der wichtigste Bezugsrahmen von Stadtentwicklung.

In den 1950er bis 1970er Jahren zählten Großstädte in Polen zu den Hauptgewinnern der Zuwanderung im Zuge der Industrialisierung. In den 1980er Jahren verringerte sich dieses dynamische Wachstum beträchtlich, vor allem als Folge wirtschaftlichen Niedergangs und einer demzufolge zurückgehenden Land-Stadt-Wanderung. Selbst die größten Städte wiesen nur noch geringe Zuwächse auf, einige stagnierten bereits. Textil- oder Bergbauzentren wie Lodz, Zabrze oder Beuthen hatten bereits vor 1989 immer wieder Einwohner verloren.

Mit Beginn der postsozialistischen Transformation beschleunigte sich der Bevölkerungsverlust in den meisten Städten. Von 1990 bis 2009 verloren polnische Großstädte mit über 100.000 Einwohner insgesamt etwa 432.000 Menschen bzw. 4% ihrer Bevölkerung, derzeit etwa vergleichbar mit der Größenordnung von Gdańsk (Danzig) oder Szczecin (Stettin). Zu den Verlusten trugen sowohl die berufsbedingte Abwanderung als auch ein zurückgehendes natürliches Bevölkerungswachstum aufgrund einbrechender Geburtenraten bei. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern wurden diese Verluste nicht durch ausländische Zuwanderung aufgefangen – bis vor kurzem war Polen noch ein Land, das für ausländische Zuwanderer wenig attraktiv war. Jedoch hat sich dies spätestens seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 geändert. Zuwanderung spielt nunmehr eine wachsende Rolle, nicht nur in Warszawa (Warschau) oder Kraków (Krakau). Allerdings steht sie rein zahlenmäßig in keinem Verhältnis zur Abwanderung.

Die Bevölkerungsverluste waren und sind vor allem in altindustriellen Städten ein Thema. So verloren zum Beispiel Lodz oder Kommunen im oberschlesischen Industriegebiet bereits seit Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre Bevölkerung. Durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel nach 1989 beschleunigten sich diese Prozesse, denn neue »Motoren« wie Suburbanisierung und Abwanderung kamen hinzu. Die altindustriellen Großstädte waren in besonders starkem Maße betroffen: So verringerte sich die Einwohnerzahl in Lodz zwischen 1990 und 2009 um 12%, in Katowice (Kattowitz) um 16%, in Sosnowiec um 15% oder in Beuthen sogar um 21% (siehe Tabelle 3). Diese Zahlen lassen Parallelen zu Entwicklungen in Ostdeutschland nach 1990 erkennen. Allerdings sind bislang keine vergleichbaren Wirkungen auf dem Wohnungsmarkt festzustellen. Wohnungsleerstände als Folge der Schrumpfung spielen in Polen noch kaum eine Rolle. Ein Abriss von Wohngebäuden findet nur aufgrund baulicher und technischer Mängel statt.

Ausnahmen bildeten bislang die im Sozialismus stark gewachsenen Städte in den östlichen (und teilweise auch westlichen) Landesteilen – Städte wie Białystok, Lublin, Rzeszów oder aber Zielona Góra (Grünberg), die nach

der Grenzverschiebung 1945 zu neuen Regionalzentren aufgestiegen waren und von der Industrialisierung profitiert hatten. Hier findet nach wie vor eine (vor allem junge bzw. jüngere) Land-Stadt-Wanderung statt oder aber die Bevölkerung bleibt zumindest weitgehend stabil.

Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung polnischer Städte lassen sich zum einen aus Zensusdaten, zum anderen aus Registerdaten ermitteln. Diese stimmen jedoch nicht immer überein. Damit wird es schwierig, die tatsächliche Entwicklung zu erfassen, vor allem dann, wenn Realentwicklung und Statistik in unterschiedliche Richtungen zu laufen scheinen. Das betrifft insbesondere wirtschaftliche prosperierende Großstädte wie Warschau, Krakau, Poznań (Posen) oder Wrocław (Breslau), wo sich aus den Zahlen der Interzensusperiode ein Zuwachs erkennen lässt, während die Registerdaten eine Bevölkerungsabnahme für den gesamten Zeitraum veranschlagen. Für Warschau beläuft sich der Unterschied zwischen Zensus- und Registerzahl für das Jahr 2002 auf etwa 65.000 Einwohner, eine beträchtliche Zahl an »real existierenden« Einwohnern also, die erfasst wurden, ohne dass sie offiziell registriert waren. Für Krakau und Breslau lagen diese Zahlen bei 18.000 bzw. 7.000. Diese Entwicklung lässt sich damit begründen, dass die genannten Städte nicht zu den Zentren der Bergbau-, Schwer- und Textilindustrie zählten, die die größten Verluste zu verzeichnen haben, und dass sie gleichzeitig Universitäts- und Dienstleistungszentren ersten Ranges in Polen darstellen, die vor allem junge Zuwanderer anziehen, die sich jedoch häufig nicht registrieren lassen und somit in den Registerdaten nicht auftauchen, wohl aber beim Zensus.

Schrumpfung beherrscht nicht nur die Gegenwart zahlreicher polnischer Städte – sie könnte auch in Zukunft ein wesentlicher, vielleicht sogar der dominierende Stadtentwicklungspfad in Polen sein. Prognosen des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) in Warschau gehen für zahlreiche große Städte Polens von weiteren dramatischen Bevölkerungsverlusten bis 2035 aus, insbesondere für altindustrielle Städte wie Lodz oder Städte in Oberschlesien, jedoch werden ebenso für das boomende Posen weitere deutliche Verluste angenommen. Dies wird mittelfristig zu einschneidenden Konsequenzen für die lokalen Wohnungs- und Arbeitsmärkte, die Auslastung der städtischen Infrastruktur, die kommunalen Haushalte und öffentliche wie private Investitionen führen. Danzig, Krakau oder Breslau sollen mehr oder weniger stabil bleiben, Warschau dagegen soll weiter wachsen (siehe Tabelle 2).

Ursachen der Schrumpfung

Wie bereits erwähnt, setzte die Stadtschrumpfung in Polen nicht erst mit dem Niedergang des Staatssozia-

lismus nach 1989 ein. Die Verluste in altindustriellen Städten der 1970er und 1980er Jahre sind vor allem im Zusammenhang mit der Stagnation in der Textil- und Schwerindustrie bzw. im Bergbau zu sehen, welche in den genannten Städten dominierten. Gleichzeitig sanken in Polen auch bereits in den 1980er Jahren die Geburtenraten, was ebenso die Verlangsamung des Zuwachses vor allem an städtischer Bevölkerung mit sich brachte. Schließlich trug auch der bereits erwähnte Rückgang der Land-Stadt-Wanderung in den 1980er Jahren dazu bei, dass die Einwohnerzahlen der Städte immer mehr stagnierten.

Für den Zeitraum nach 1989, also die Phase der starken Schrumpfung, lassen sich vor allem folgende Ursachenkomplexe für Bevölkerungsverluste der Städte identifizieren:

- (berufsbedingte) Abwanderung aufgrund wirtschaftlichen Niedergangs (inklusive interregionaler Stadt-Land-Wanderung und Auswanderung),
- (Wohn-)Suburbanisierung und
- Sterbeüberschuss im Zuge des demographischen Wandels (siehe Tabelle 3).

Vom erstgenannten Ursachenkomplex sind vor allem Industriestädte betroffen. Im Zusammenhang damit steht auch die nach 1990 einsetzende Rückwanderung vieler Industriebeschäftigter in ihre Heimatregionen, nachdem sie ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Sinnbild dafür wurden in den Ballungsräumen leerstehende Arbeiterhotels. Diese Abwanderung verhinderte teilweise ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in den betroffenen Städten. Aber die statistischen Daten geben kaum ein vollständiges Bild der Abwanderung wider. So melden sich zahlreiche Abwandernde nicht ab und werden noch in den städtischen Registern geführt, obwohl sie längst nicht mehr in der entsprechenden Stadt wohnen. Das gilt auch für die saisonal oder mehrjährig im Ausland Tätigen. Besonders betroffen von berufsorientierter Abwanderung sind Städte wie Kattowitz, Lodz und Beuthen. Im Allgemeinen findet Arbeitsmigration ins europäische Ausland aber beinahe aus jeder polnischen Stadt sowie ebenso aus ländlichen Regionen statt.

Seit der Jahrtausendwende nimmt auch die Bedeutung der (Wohn-)Suburbanisierung in den urbanen Regionen stetig zu. War sie in den 1990er Jahren noch nicht sehr stark ausgeprägt, kann man sie heute als einen der dominierenden Entwicklungstrends der Siedlungsentwicklung in Polen bezeichnen. Vor allem große, wirtschaftlich erfolgreiche oder Dienstleistungszentren und Universitätsstädte wie Posen, Krakau oder Danzig, sind mittlerweile wahrnehmbar von »Speckgürteln« umgeben, wobei die Kernstadt Einwohner verliert, die ins Umland abwandern (siehe Tabelle 1). Aber auch in den wirtschaftlich problematischen Regionen findet eine

Suburbanisierung statt. Oft entwickeln sich in den landschaftlich reizvollen und/oder verkehrstechnisch oder infrastrukturell gut entwickelten Umlandgemeinden sowohl Einfamilienhaussiedlungen als auch mehrgeschossige Wohnungskomplexe. Häufig wird auch in den realsozialistischen Großwohnsiedlungen am Stadtrand weiter verdichtet. So ist es in Polen trotz der Schrumpfung kein Widerspruch, dass nach wie vor Wohnraum gebaut und – aufgrund des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels – auch noch immer gebraucht wird, selbst in Städten wie Lodz, die seit 1990 weit mehr als 100.000 Einwohner verloren haben. Die jüngste Immobilien- und Finanzkrisen haben jedoch dazu geführt, dass man mittlerweile von einem geringeren Bedarf vor allem an größeren (suburbanen) Wohnungen ausgeht.

Die Bedeutung des demographischen Wandels als Ursache für Stadtschrumpfung nimmt in Polen, ganz ähnlich wie auch in Deutschland, immer stärker zu. Hier gerät die Alterung der Bevölkerung zunehmend in den Fokus. Interessant ist, dass aber gerade die städtische Dimension des demographischen Wandels bislang unter polnischen Demographen unbeachtet geblieben ist, wohingegen sozialpolitische, wirtschaftliche und fiskalische Folgen durchaus diskutiert werden. Bis in die jüngste Vergangenheit zählten fast alle postsozialistischen Länder zur Gruppe der Staaten mit einer sehr niedrigen durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau (1,3 und weniger). Diese steht in engem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Transformation, jedoch ist sie ebenso Ausdruck langfristiger Veränderungen demographischer und sozialer Verhaltensmuster in den betreffenden Gesellschaften. Zusammen mit dem Anstieg der Lebenserwartung führt sie zu einer kontinuierlichen Alterung der Bevölkerung, die nicht allein quantitative, sondern vor allem qualitative Folgen für die städtische Gesellschaft haben wird. Daran ändert auch der jüngste Anstieg der Geburtenzahlen in Polen nichts, ist dieser doch mit einem gestiegenen Anteil von Erstgeburten durch Mütter im höheren Lebensalter zu erklären. Der alterungsbedingten Schrumpfung wirkt der bislang anhaltende, generelle Trend zur Haushaltsverkleinerung entgegen. Er ist für den städtischen Kontext, wo Haushalte und nicht Individuen die entscheidenden Nachfrager zumindest auf dem Wohnungsmarkt sind, von großer Bedeutung. Allerdings wird er, wie auch in anderen europäischen Ländern, in absehbarer Zeit zu einem Ende kommen.

Im Folgenden soll anhand von Beispielen aus der aktuellen Forschung auf die unterschiedlichen Facetten und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Polen eingegangen werden; anschließend werden der planerische und politische Umgang mit Schrumpfung durch städtische Akteure thematisiert.

Beispiel Industrieviertel Oberschlesien: Schrumpfung und Restrukturierung

Ein aktuelles Forschungsprojekt im 7. Rahmenprogramm der Europäischen Union (»Shrink Smart«, Details dazu siehe unten) widmet sich der Untersuchung von Steuerungsfragen in schrumpfenden Städten und Stadtregionen quer durch Europa. In diesem Zusammenhang wurde erstmalig auch Schrumpfung in ober-schlesischen Städten im Detail untersucht, vor allem in Sosnowiec im Dombrowaer Kohlebecken (Zagłębie Dąbrowskie) sowie in Beuthen in Oberschlesien (Górny Śląsk).

Das ober-schlesische Industrieviertel war bereits punktuell vor 1989 von Schrumpfung betroffen. So ging die Einwohnerzahl von Beuthen bereits in den späten 1980er Jahren, in Zabrze bereits seit 1977 immer wieder zurück. Seit der politischen Wende unterliegen mehr oder weniger alle Städte der Agglomeration kontinuierlich der Schrumpfung. Hatte sie 1990 noch 3,1 Millionen Einwohner, waren es 2007 nur noch 2 Millionen – ein Rückgang um immerhin ein Drittel. Selbst Kattowitz als Wirtschafts-, Kultur- und Bildungszentrum Oberschlesiens weist seit 1992 zurückgehende Einwohnerzahlen auf und zählt sogar zu den polnischen Großstädten, die am schnellsten und stärksten schrumpfen – da die Stadt jedoch wirtschaftlich erfolgreich ist und die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig niedrig, wird diese Tatsache kaum wahrgenommen und schon gar nicht problematisiert.

In der Zeit des Realsozialismus waren sowohl Sosnowiec als auch Beuthen bedeutende Industriezentren und in den regionalen Produktionszusammenhang des ober-schlesischen Industrieviertels eingebunden – während jedoch Sosnowiec erst zur Großstadt entwickelt wurde, sah sich Beuthen mit einem langsamen, aber stetigen Abstieg und zunehmendem Verfall der Stadt und ihrer wirtschaftlichen Basis konfrontiert. Nach 1989 schrumpften beide Städte aus ähnlichen Gründen: aufgrund wirtschaftlichen Strukturwandels, Arbeitsplatzverlusten und daraus resultierender Abwanderung sowie (zunehmend) aufgrund niedriger Geburtenraten und fortschreitender Alterung.

Unterschiede bestehen vor allem in der Dynamik, das heißt im zeitlichen Verlauf der Schrumpfung: Während Beuthen bereits vor 1990 stagnierte oder leicht schrumpfte, erlebte Sosnowiec die drastischsten Einschnitte aufgrund der Schließung von Steinkohlezechen, Stahlwerken und Kokereien in den 1990er Jahren, um sich nach der Jahrtausendwende zwar nicht demographisch, aber wirtschaftlich wieder etwas zu erholen. Zählte die Stadt im Jahr 1990 259.000 Einwohner, so reduzierte sich dies bis 2009 auf 219.300. Beuthen hingegen begann seinen wirtschaftlichen Abstieg erst später, dafür rutschte die Stadt im letzten Jahrzehnt immer stär-

ker in die Krise und ist heute trauriges Sinnbild für den Niedergang der Kohle- und Stahlregion Oberschlesien. Sie hat mit einem schlechten Image zu kämpfen, was vermutlich noch zusätzlich dafür sorgt, dass der Bevölkerungsabfluss auf hohem Niveau bleibt: Beuthen hat von 1990 bis 2009 fast 50.000 Einwohner verloren, gegenüber der Einwohnerzahl von 1990 sind dies 21 %. Das ist eine der höchsten Raten polnischer Großstädte. Das Hauptproblem der Stadt ist doppelter Natur, wie es der derzeitige Bürgermeister bei einem Experten-Workshop im Herbst 2010 an der Schlesischen Universität Kattowitz (Uniwersytet Śląski w Katowicach) in Sosnowiec ausdrückte: Die Stadt verliere einerseits an Einwohnern und sei andererseits auch nicht in der Lage, neue Einwohner anzuziehen.

Die Schrumpfung zieht eine Reihe von Konsequenzen für beide Städte nach sich. Die selektive Abwanderung führt zu schnellerer Alterung und einer Verzerrung der Altersstruktur der verbleibenden Einwohner. Es erhöht sich die Gefahr, dass zunehmend Arme bleiben und gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen verstärkt abwandern (*brain drain*).

Infolge des Niedergangs der Kohle- und Stahlindustrie sowie der Schließung zahlreicher Zechen und Werke bzw. Zuliefererbetriebe ist die Arbeitslosigkeit, vor allem auch die Langzeitarbeitslosigkeit, enorm gestiegen, was eine zunehmende Verarmung bedingt – und dies in einer Region, wo früher die Bergarbeiter vergleichsweise gut verdienten und ein hohes Ansehen genossen. Der Bevölkerungsrückgang führt natürlich auch zu einer sinkenden Nachfrage und Nutzung der öffentlichen Infrastruktur wie öffentliche Verkehrsmittel, Schulen etc. Insbesondere in Beuthen wurden in den letzten Jahren zahlreiche Schulen geschlossen und Straßenbahnlinien stillgelegt.

Auf dem Wohnungsmarkt hat der Bevölkerungsverlust noch kaum zu Leerstand geführt, ein Phänomen, welches aus ostdeutschen Schrumpfstädten bekannt ist. Das ist vor allem auf die nach wie vor bestehende Wohnungsknappheit in Polen zurückzuführen, denn auch nach 1990 wurde der Bau neuer Wohnungen durch den Staat drastisch reduziert und bedient der Privatsektor nur die oberen Bedarfssegmente. Gerade in Städten wie Beuthen mit einem hohen Anteil an Altbaubestand ist der fortschreitende Verfall der Bausubstanz ein großes Problem, worauf im Folgenden noch genauer eingegangen wird. Jedoch: Auch wenn es heute noch keinen nennenswerten Leerstand gibt, der sich auf fehlende Nachfrage zurückführen ließe, so steht er eventuell für einige weniger attraktive Viertel bevor, lässt sich doch eine zunehmende Entdichtung des Wohnens seit 1990 feststellen.

Ein großes Problem stellen für beide Städte die Brachflächen dar, die in großer Zahl infolge der Schlie-

ßung vieler Industriestätten entstanden und oftmals hoch kontaminiert sind. Schließlich steht der geschil- derten Lage, die eigentlich zusätzliche Finanzen ange- sichts der mannigfaltigen Probleme erfordern würde, in beiden Städten ein klammer Haushalt gegenüber, der die lokalen Akteure in ihrem Handeln stark einengt.

Sosnowiec: Brachflächenmanagement als »unternehmerische Stadt«

Sosnowiec wurde nach 1990 dramatisch vom wirtschaft- lichen Niedergang getroffen. Innerhalb weniger Jahre verlor die Stadt einen großen Teil ihrer industriellen Basis, tausende Arbeitsplätze gingen verloren und die Arbeitslosigkeit erreichte Rekordwerte (die Gesamtzahl der Arbeitsplätze reduzierte sich von 1992 bis 2004 von 66.000 auf 46.000, die Arbeitslosigkeit stieg von 1992 bis 2002 von 12.700 auf 22.100). Im Stadtraum wurde diese Entwicklung sichtbar durch die Entstehung zahl- reicher Brachen, sowohl in zentralen als auch in Rand- gebieten der Stadt. Für das Ende der 1990er Jahre gehen Schätzungen von 11 km² Brachflächen in Sosnowiec aus, was ein sehr hoher Flächenanteil ist. In Beuthen waren es mit 12–13 km² sogar noch mehr. Viele der Brachen waren schwer belastet und machten für eine Wieder- nutzung zunächst eine Dekontaminierung notwendig. Der alte Gebäudebestand musste in vielen Fällen abge- rissen werden.

Sosnowiec konnte den Negativtrend jedoch ab Ende der 1990er Jahre stoppen. Dabei spielte die 1996 gebil- dete Sonderwirtschaftszone Kattowitz (Katowicka Strefa Specjalna Ekonomiczna – KSSE) eine große Rolle, inner- halb derer die beteiligten Kommunen Investitionsflä- chen zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen können und somit Neuansiedlungen fördern. Sosnowiec konnte mithilfe der KSSE bis 2010 immerhin 14 neue Ansiedlungen auf seinem Territorium etablieren. Gleich- zeitig wurden zahlreiche Brachflächen auf diese Weise erfolgreich wieder- oder umgenutzt (von 1995 bis 2010 waren es 27 Brachen). Damit ist Sosnowiec eine der erfolgreichsten Kommunen innerhalb der KSSE. Die Nachnutzungen der Brachen sind vielfältig und schlie- ßen Bereiche wie Wirtschaft/Technologie, Einkaufs- zentren, Grünflächen und Seen sowie auch Wohnungs- neubau ein. Sie werden durch die Kommune geregelt, in Sosnowiec vor allem durch das starke Engagement des Bürgermeisters, und die interessierten Investoren, unter- stützt durch KSSE. Oftmals werden auch die notwen- dige Basis-Infrastruktur wie Zufahrtstraßen zu den neu zu entwickelnden Flächen von der Kommune gebaut und finanziert. Sosnowiec hat für seine Zukunft die Vision eines modernen Hochschulstandorts mit dem Fokus auf Hochtechnologie und einem vielfältigen Pro- duktions- und Dienstleistungssektor entwickelt – das

Motto lautet »Sosnowiec verbindet« (*Sosnowiec łączy*). Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit in der Stadt gesun- ken; die lokalen Hochschuleinrichtungen werden aus- gebaut. Dennoch muss sich Sosnowiec auch langfristig auf Bevölkerungsverluste einstellen – die demographi- sche Alterung hat die Stadt auch weiter fest im Griff: So stieg der Altersindex, also das Verhältnis von einhundert 65-Jährigen und älter zu einhundert 15-Jährigen und jünger, zwischen 1990 und 2007 von 62 auf 110. Pro- gnososen zufolge wird bis 2035 ein Rückgang der Bevöl- kerung auf 161.000 Einwohner stattfinden.

Beuthen: Verfall, Leerstand und fehlende Perspektiven

Beuthen leidet bis heute unter einer ähnlichen Wirt- schafts- und Arbeitsmarktkrise wie Sosnowiec bis vor etwa einem Jahrzehnt – die Beschäftigtenzahlen hal- bierten sich zwischen 1992 und 2008, und die Arbeits- losigkeit ist noch immer hoch. In Beuthen kommt mit Bezug auf die Auswirkungen von Schrumpfung und Niedergang ein weiteres Problem hinzu: Das bis 1945 zu Deutschland gehörende Beuthen besitzt einen hohen Anteil von Vorkriegsbauten in der inneren Stadt und hat einen fast kompletten Austausch der Bevölkerung nach 1945 erlebt. Der Baubestand unterlag einer syste- matischen Vernachlässigung sowie einem zunehmenden Verfall in den Jahrzehnten des Realsozialismus, nach 1990 hemmten ungeklärte Eigentumsfragen die Sanie- rung. Zu dieser fehlenden Investition in den Wohnbe- stand kamen Schäden infolge des Bergbaus hinzu, die immer mehr Gebäude unbewohnbar machten. So gab es bereits in den vergangenen Jahren einen wachsenden Leerstand in Beuthen – jedoch nicht, wie man aus ost- deutscher Perspektive vermuten könnte, aufgrund von Überangebot, sondern aufgrund der baulich bedingten Unbewohnbarkeit. Dies ist eine Tatsache, die sehr häufig den Leerstand und Abriss von Altbauten in polnischen Städten erklärt – etwa auch in Lodz, wo der Wohnungs- bestand im Zentrum von 1988 bis 2002 durch Abriss- maßnahmen um 9% abgenommen hatte.

In Beuthen sind gegenwärtig etwa 1.100 kommunale und eine nicht bekannte Anzahl privater Wohnungen vom Leerstand betroffen; wegen Bergbauschäden mus- ten im letzten Jahr noch einmal rund 600 Personen im Stadtteil Karb ihre Wohnungen verlassen. In den inner- städtischen Bereichen mit hohem Leerstand und Ver- fall konzentrieren sich mittlerweile einkommensschwache Haushalte. Auch wenn offiziell nicht über Leerstand aufgrund von Überangebot diskutiert wird, so erwarten lokale Experten diesen doch für die nahe Zukunft vor allem für ungünstige Lagen – wie die innerstädtischen Altbaugebiete sowie einige peripher gelegene Bergarbei- tersiedlungen, die nahe der Zechen und Werke liegen

(z. B. im Stadtteil Bobrek). Die Stadt koordiniert zwar den Umgang mit den leeren Wohnungen und Gebäuden, ist jedoch aufgrund fehlender finanzieller Mittel und schwieriger Verhandlungen mit den privaten Eigentümern häufig kaum in der Lage, den Verfall aufzuhalten. Immer öfter bleibt nur noch der Notabriss eines Gebäudes; mitunter stürzen Häuser von selbst ein. Von staatlicher Seite gibt es keine finanziellen Mittel für die Sanierung oder Sicherung des gefährdeten Baubestands und auch die EU-Strukturfonds haben hierfür nichts vorgesehen. So beteiligt sich Beuthen zwar an stadtentwicklerischen Forschungsprojekten (etwa im Rahmen des EU-Programms URBACT), kann aber aktiv nichts tun, um seinen Baubestand zu retten, es sei denn, es fänden sich private Investoren, die die Gebäude erwerben und sanieren. Diese sind aufgrund des problematischen Images von Beuthen jedoch schwer zu finden. In den letzten Jahren ist in der Zivilgesellschaft zunehmend das Bewusstsein erwacht, dass die Situation nicht so weitergehen kann. Es haben sich Initiativen gebildet, die Beuthens Probleme dokumentieren wie das Internetportal www.ruiny-bytom.pl. Im Nachgang der oben erwähnten unbewohnbar gewordenen und vom Markt genommenen Wohnungen infolge von Bergbauschäden haben sich Bürgerforen gebildet, die unter anderem begonnen haben zu diskutieren, wie sich die Lage in Beuthen verbessern lässt – und welche neuen Perspektiven man für die Zukunft der Stadt und ihrer Bewohner entwickeln kann.

Schrumpfung auf die Agenda? Fragen der Steuerung auf lokaler Ebene

Warum war Schrumpfung bislang kein Thema, nicht einmal in Regionen wie Oberschlesien, wo fast alle Kommunen mit Einwohnerschwund und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben? Dafür gibt es viele Ursachen. Die mit der Transformation im Rahmen einer »nachholenden Modernisierung« verbundenen Wachstumserwartungen und der Rückzug staatlicher Akteure infolge einer Liberalisierung spielen dabei eine wesentliche Rolle. Stadtplanung dagegen spielt eine schwache Rolle und den Kommunen fehlen oft die finanziellen Mittel, um wirksam steuern zu können. So hängen viele Entwicklungen von den Interessen der Investoren und deren Investitionen ab. Suburbanisierung wird in diesem Zusammenhang, sogar von Wissenschaftlern, als »natürlicher Prozess« und logische Folge der gesellschaftlichen Liberalisierung bewertet und nicht als Problem für Flächennutzung, Steuerabgang für die Städte etc. gesehen. Das Geburtentief wird diskutiert, weniger jedoch stehen die Folgen dieser Entwicklungen mit Bezug auf städtische Wohnungsmärkte und Infrastruktur im Blickpunkt. Leerstand gibt es (noch) nicht, und

die Stilllegung öffentlicher Infrastruktur wird eher im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Niedergang als mit generellen Bevölkerungsentwicklungen gesehen.

In dieser Situation wäre eine fokussierte und effektive Steuerung der Entwicklung mehr denn je gefragt – jedoch ist eine moderne urbane *governance*, wie sie sich in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, bislang weitgehend unbekannt. Gerade in der Agglomeration Oberschlesien, wo 16 Städte in großer Nähe liegen und teilweise ineinander übergehen, kollidiert derzeit der Kooperationsdruck mit dem Konkurrenzkampf zwischen den Städten. Einerseits wurden regionale Körperschaften wie der Verbund der Oberschlesischen Städte (Górnośląski Związek Metropolitalny – GZM), die KSSE oder ein gemeinsamer Verkehrsverbund geschaffen. Andererseits gibt es noch immer eine starre Hierarchisierung der Verwaltung sowie eine nur wenig entwickelte Tradition der »Kooperation auf Augenhöhe« zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das Streben nach mehr Kooperation wird in diesem Rahmen auch oft als Schwäche einzelner Akteure gedeutet.

In den letzten Jahren ist Schrumpfung in Sosnowiec, Beuthen und in Oberschlesien generell stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Dazu haben auch die Initiativen des oben erwähnten internationalen Forschungsprojekts »Shrink Smart« seit 2009 beigetragen. Es fanden Workshops in Beuthen und Sosnowiec mit lokalen Vertretern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft statt, beide Male in Anwesenheit der Bürgermeister, auf denen klar kommuniziert wurde, dass beide Städte ein Problem mit der Bevölkerungsentwicklung haben und die wirtschaftliche Situation entscheidend zur Abwanderung vor allem junger Menschen beigetragen hat. Im Mai 2011 kamen rund 80 Teilnehmer auf einem regionalen Treffen zum Thema »Schrumpfende Städte in Schlesien – Herausforderungen, Planung, Kooperation« in Sosnowiec zusammen. Schrumpfung als Thema wurde erstmals auch von lokalen und regionalen Medien in größerem Maße aufgegriffen – teilweise mit drastischen Schlagzeilen wie »Wir werden immer weniger. Schon ein ganzes Czeszochowa (Tschenstochau) ist verschwunden« oder »Katowice: Der große Exodus hält an«. Vor diesem Hintergrund bleibt es zu hoffen, dass eine weitere Sensibilisierung der lokalen Entscheidungsträger für das Thema Schrumpfung erfolgen wird und – unter der Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure – die damit verbundenen Herausforderungen für die Städte und ihre Bewohner offen, kontrovers und konstruktiv diskutiert werden.

Informationen über die Autorin und Hinweise zu weiterführender Literatur auf der nächsten Seite

Über die Autorin:

Dr. Annegret Haase ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ, Department Stadt- und Umweltsoziologie, Leipzig. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Stadtentwicklung in Europa mit Schwerpunkt auf demographischen und sozialen Prozessen, urbane Schrumpfung und Governance, postsozialistische Transformation insbesondere in Polen und Ostmitteleuropa. Zuletzt erschienen: Haase, A., Steinführer, A., Kabisch, S., Großmann, K., Hall, R. (Hrsg.) (2011): *Residential change and demographic challenge. The inner city of East Central Europe in the 21st century*. Farnham, Burlington: Ashgate.

Forschungshintergrund & Literatur:

Der vorliegende Text basiert auf Ergebnissen zweier internationaler Forschungsprojekte: conDENSE (2006–2009), gefördert durch die VW-Stiftung (www.condense.ufz.de) sowie des EU-Projekts im 7. RP Shrink Smart (2009–2012; www.shrinksmart.eu). Ausführlich können diese Ergebnisse nachgelesen werden in folgenden Publikationen:

- Haase, A., Großmann, K., Kabisch, S., Steinführer, A. (2008): Städte im demographischen Wandel. Perspektivenwechsel für Ostmitteleuropa. *Osteuropa* 58, 1, 77–90.
- Steinführer, A., Bierzyński, A., Großmann, K., Haase, A., Kabisch, S., Klusáček, P. (2010): Population decline in Polish and Czech cities during post-socialism: Looking behind the official statistics. *Urban Studies* 47, 11, 2325–2346.
- Haase, A., Steinführer, A., Kabisch, S., Großmann, K., Hall, R. (Hrsg.) (2011): *Residential change and demographic challenge. The inner city of East Central Europe in the 21st century*. Farnham, Burlington: Ashgate.
- Homepage des EU-Projekts Shrink Smart: www.shrinksmart.eu

TABELLEN ZUM TEXT

Bevölkerungsentwicklung in polnischen Großstädten

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in den größten polnischen Städten 1970–2002 (Zensusdaten) und 1988–2009 (Registerdaten)

	Bevölkerung nach Zensusdaten (in 1.000)								
	Warszawa (Warschau)	Łódź (Lodz)	Kraków (Krakau)	Wrocław (Breslau)	Poznań (Posen)	Gdańsk (Danzig)	Szczecin (Stettin)	Bydgoszcz (Bromberg)	Lublin
08.12. 1970	1.314,9	762,5	588,0	525,6	471,4	365,2	337,8	281,7	238,1
07.12. 1978	1.555,4	823,3	693,6	597,8	537,1	442,1	384,9	338,0	290,4
06.12. 1988	1.655,3	854,3	746,7	639,0	588,0	464,3	410,3	377,8	339,9
20.05. 2002	1.689,2	789,3	758,5	640,4	578,9	461,3	415,4	373,8	357,1
1988=100	102,0	92,4	101,6	100,2	98,5	99,4	101,2	98,9	105,1

(Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in den größten polnischen Städten 1970–2002 (Zensusdaten) und 1988–2009 (Registerdaten) (Fortsetzung)

Bevölkerung nach Bevölkerungsregister (31. Dezember; in 1.000)									
	Warszawa (Warschau)	Łódź (Lodz)	Kraków (Krakau)	Wrocław (Breslau)	Poznań (Posen)	Gdańsk (Danzig)	Szczecin (Stettin)	Bydgoszcz (Bromberg)	Lublin
1988	1.655,0	854,0	746,4	639,1	588,3	464,1	410,3	377,9	340,3
2001	1.609,8	786,5	740,7	634,0	572,0	455,5	415,6	383,2	354,0
2002*	1.688,2	785,1	757,5	639,2	577,1	461,7	415,1	372,1	358,4
2003	1.689,6	779,1	757,7	637,5	574,1	461,0	414,0	370,2	356,6
2004	1.692,9	774,0	757,4	636,3	570,8	459,1	411,9	368,2	356,0
2005	1.697,6	767,6	756,6	635,9	567,9	458,1	411,1	366,1	355,0
2006	1.702,1	760,3	756,3	634,6	565,0	456,7	409,1	363,5	353,5
2007	1.706,6	753,2	756,6	632,9	560,9	455,7	407,8	361,2	352,8
2008	1.709,8	747,2	754,2	632,2	557,3	455,6	406,9	358,9	350,5
2009	1.711,5	744,5	754,8	632,2	556,0	455,8	406,4	358,0	350,4
1988= 100	103,4	87,1	101,1	98,9	94,6	98,1	99,0	94,7	102,9

* Die Daten basieren auf Zensusdaten vom 20.5.2002 und sind nicht direkt vergleichbar mit den Daten von 2001.

Quelle: Steinführer, A., Bierzyński, A., Großmann, K., Haase, A., Kabisch, S., Klusáček, P. (2010): Population decline in Polish and Czech cities during post-socialism: Looking behind the official statistics. *Urban Studies* 47, 11, 2325–2346, aktualisiert und verändert, basierend auf Daten des Statistischen Hauptamts Warschau (GUS, www.stat.gov.pl) und Berechnungen der Autorin

Tabelle 2: Prognose der Einwohnerentwicklung ausgewählter polnischer Großstädte 2015–2035 (in 1.000)

Stadt	2015	2020	2025	2030	2035	
Warszawa (Warschau)	1.766,8	1.804,4	1.834,3	1.858,2	1.880,6	
Kraków (Krakau)	765,7	771,3	773,6	772,2	769,1	
Łódź (Lodz)	700,7	671,2	641,6	610,2	577,8	
Wrocław (Breslau)	624,7	622,8	620,1	615,3	609,0	
Poznań (Posen)	540,2	529,9	518,5	504,5	489,5	
Gdańsk (Danzig)	450,5	448,1	444,6	438,8	432,0	
Katowice (Kattowitz)	293,9	283,8	273,1	260,9	248,4	
Sosnowiec (Sosnowitz)	206,6	194,4	185,5	173,5	160,8	
Bytom (Beuthen)	173,3	166,6	159,6	151,8	143,7	

Quelle: Statistisches Hauptamt Warschau (GUS, Prognose dla powiatów i miast na prawie powiatu oraz podregionów na lata 2011 – 2035, www.stat.gov.pl, Stand: Februar 2012); Berechnungen der Autorin.

Tabelle 3: Einwohnerrückgang in ausgewählten polnischen Großstädten (1990–2009) und seine Ursachen

Stadt	Einwohnerentwicklung 1990–2009		Ursachen der Einwohnerverluste
	<i>absolut</i>	<i>in Prozent</i>	
Łódź (Lodz)	-103.800	-12 %	Sterbefallüberschuss, Auswanderung, interregionale Wanderung
Katowice (Kattowitz)	-58.200	-16 %	Auswanderung, Sterbefallüberschuss, interregionale Wanderung
Sosnowiec (Sosnowitz)	-40.000	-15 %	Sterbefallüberschuss, interregionale Wanderung, Auswanderung
Bytom (Beuthen)	-48.400	-21 %	Auswanderung, Sterbefallüberschuss, interregionale Wanderung
Poznań (Posen)	-35.900	-6 %	Sterbefallüberschuss, Suburbanisierung
Gliwice (Gleiwitz)	-18.000	-8 %	Auswanderung, Sterbefallüberschuss, interregionale Wanderung
Bydgoszcz (Bromberg)	-23.900	-6 %	Suburbanisierung, Sterbefallüberschuss

Quelle: Haase, A., Großmann, K., Kabisch, S., Steinführer, A. (2008): Städte im demographischen Wandel. Perspektivenwechsel für Ostmitteleuropa. *Osteuropa* 58, 1, 77–90, verändert und aktualisiert. Die Zahlen basieren auf Daten des Statistischen Hauptamts Warschau (GUS, www.stat.gov.pl) und Berechnungen der Autorin.

Vom 21. Februar bis zum 5. März 2012

21.02.2012	Ministerpräsident Donald Tusk trifft sich mit Fraktionsvertretern von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu Gesprächen über die Rentenreform. PiS ist gegen die Angleichung des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen sowie die schrittweise Anhebung auf 67 Jahre und verweist auf einen eigenen Gesetzesentwurf.
22.02.2012	Der Minister für Kultur und Nationales Erbe, Bogdan Zdrojewski, trifft sich mit seinem russischen Amtskollegen Alexander Awdiejew in Moskau. Thematisiert werden der Standort des Denkmals für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) auf dem Flughafen von Smolensk, die Rückgabe polnischer Kulturgüter und die Zusammenarbeit zwischen polnischen und russischen Archiven.
23.02.2012	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosigkeit im Januar 2012 13,2% (2,12 Mio.). Dies ist ein Anstieg von 0,7% im Vergleich zu Dezember 2011.
24.02.2012	Gesundheitsminister Bartosz Arłukowicz spricht sich auf dem außerordentlichen XI. Landesärztekongress in Warschau für Zusatzkrankenversicherungen sowie für eine mit dem Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowotny – NFZ) konkurrierende Institution aus. Der Vorsitzende des Obersten Ärzterates (Naczelna Rada Lekarska), Maciej Hamankiewicz, wirft Arłukowicz mangelnde Gesprächsbereitschaft vor, was sich im Zusammenhang mit den Ärzteprotesten gegen das neue Arzneimittelgesetz gezeigt habe.
25.02.2012	Ministerpräsident Donald Tusk zieht eine positive Bilanz der ersten 100 Tage seiner Regierung. Polen sei auf einem sicheren Kurs in finanziellen und wirtschaftlichen Belangen. Auf EU-Ebene sei eine Spaltung Europas in Euro-Länder und Nichtmitglieder der Euro-Zone abgewendet worden.
27.02.2012	Ministerpräsident Donald Tusk fordert Marek Sawicki, Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, zu einer umfassenden Stellungnahme zur sogenannten Salzaffäre auf. Hintergrund sind Informationen des Zentralen Untersuchungsbüros (Centralne Biuro Śledztwa – CBS), wonach drei Firmen über Jahre Streusalz als Speisesalz verkauft haben sollen.
28.02.2012	Die Republik Belarus fordert den Botschafter der Republik Polen und die Leiterin der EU-Vertretung in Belarus auf, sich zu Konsultationen in ihre Hauptstädte zu begeben. Der Botschafter von Belarus in Warschau und der Ständige Vertreter von Belarus bei der EU wurden nach Minsk zu Beratungen zurückberufen. Grund dafür seien die Ausweitung der EU-Sanktionen gegenüber Belarus und die Rolle, die Polen dabei spiele. Daraufhin rufen alle EU-Staaten ihre Botschafter in Minsk zu Konsultationen in ihre Heimatländer zurück.
29.02.2012	In Berlin treffen sich die Außenminister des Weimarer Dreiecks, Guido Westerwelle, Radosław Sikorski und Alain Juppé, zu Konsultationen. In einer gemeinsamen Erklärung zu Belarus sprechen sie sich für die Aufrechterhaltung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft aus und signalisieren Kooperationsbereitschaft mit der belarussischen Regierung, sollten sich die politische Situation und die Lage der Menschenrechte in Belarus verbessern.
01.03.2012	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im IV. Quartal 2011 um 4,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zum III. Quartal 2011 stieg es um 1,1%.
02.03.2012	Der Sejm verabschiedet per Akklamation einen Beschluss, in dem die Freilassung der politischen Gefangenen in Belarus gefordert wird. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union werden aufgefordert, sich aktiv für die belarussische Zivilgesellschaft und den Demokratisierungsprozess einzusetzen.
03.03.2012	Bei einem Zugunglück in der Nähe der Ortschaft Szczekociny (Woiwodschaft Schlesien) sterben 16 Menschen, zirka 60 werden verletzt. Ministerpräsident Donald Tusk reist noch in der Nacht an den Unfallort. Innenminister Jacek Cichocki und Staatspräsident Bronisław Komorowski suchen ebenfalls den Unfallort auf.
04.03.2012	Staatspräsident Bronisław Komorowski ordnet nach dem Zugunglück am Vortag Staatstrauer für die kommenden zwei Tage an.
05.03.2012	Außenminister Radosław Sikorski nimmt in Prag am Außenministertreffen der Länder der Visegrád-Gruppe sowie der Länder der Östlichen Partnerschaft teil. Anwesend sind außerdem die Außenminister der baltischen Staaten, der Außenminister Dänemarks, das zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton. Geplant ist u. a. der formale Beginn des Programms „Visegrad 4 Eastern Partnership“.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen